№ 208. Abendblatt.
Montag, 5. Mai.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46. O. Gr. Frankfurter Str. 87, SO. Kottbuser Str. 1. S. Kommandantenstr. 58, N. Chausseestr. 67. C. Neue Schönhauserstr. 5.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Act.-Ges. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich zugestellt 4,50 M.
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
„ nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Geldbriefträger aus der Expedition: Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten: pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Eine gewichtige Statistik.

Zur Erlangung eines richtigen Urtheils darüber, inwieweit der deutsche Viehstand den berechtigten Anforderungen entspricht, bedarf es außer der Feststellung des Verkaufswerthes der bei der letzten Viehzählung im preußischen Staate erhobenen Viehbestände noch einer Kenntniß ihres Lebendgewichtes. Nur so erlangt man ein einwandfreies, vollständiges Bild, da es nicht allein auf die Zahl und den Werth der einzelnen Hauptviehgattungen sowie ihrer Unterarten, sondern namentlich auch auf deren Beschaffenheit ankommt, welche im Gewichte am treffendsten zum Ausdrucke gelangt. Bei diesen Untersuchungen mußten naturgemäß die Einhufer sowie bei ihrer geringeren Bedeutung für die Ernährungszwecke der Bevölkerung die Ziegen und das Geflügel ausgeschlossen werden; sie erstreckten sich dagegen zum ersten Male auf die Schafe. Die erforderlichen Berechnungen wurden im Königl. Statistischen Bureau nach demselben Verfahren wie bei der Gewinnung des Verkaufswerthes ausgeführt. Danach stellt sich

bei den Viehgattungen:	das gesammte Lebendgewicht in kg am 1. Dezember 1900	1892
1. Rindvieh	3 901 980 379	3 456 505 631
2. Schafe	573 886 810	—
3. Schweine	706 725 016	542 267 219

Im Königreiche Preußen erreichte also das gesammte Lebendgewicht der am 1. Dezember 1900 gezählten Rinder, Schafe und Schweine den stattlichen Betrag von 4 882 592 Tonnen zu 1000 Kilogramm. Zieht man von dieser Summe das bei der vorletzten großen Viehzählung nicht, wohl aber diesmal ermittelte Gewicht der Schafe ab, so ergiebt sich für die Rinder und Schweine allein ein Gesammtgewicht von 4 608 705 Tonnen gegen 3 998 773 Tonnen am 1. Dezember 1892, d. h. es war um 15,25 gegen 19,77 vom Hunderte in dem vorhergegangenen Jahrzehnte gestiegen. In dem letzten Satze sind allerdings die unter 1 Jahr alten Schweine nicht mitinbegriffen. Noch etwas niedriger stellte sich diese Zunahme bei einer Vergleichung mit dem Verkaufswerthe, bei dem sie von 1892 bis 1900 23,02 Hundertstelle betrug. Da aber die Vermehrung der Einwohnerzahl während der beregten 8 Jahre sich auf nur 12,45 Hundertstel bezifferte, mithin gegen die Zunahme des Lebendgewichtes nicht unwesentlich zurückblieb, so geht daraus zweifellos hervor, daß das Anwachsen der Bevölkerung von demjenigen der zu ihrer Verfügung stehenden Fleischnahrung erheblich überragt wurde. Diese befriedigende Thatsache ist, so sagt die amtliche „Stat. Korresp.", der gedeihlichen Fortentwickelung zu danken, in welcher sich unsere Viehzucht während der Berichtszeit befand.

Während der Berichtsperiode hob sich sowohl bei den Rindern wie auch bei den Schweinen fast durchgängig das gesammte Lebendgewicht. Für die Rinder überhaupt stieg es um 12,89, insonderheit für die unter sechs Wochen alten Kälber um 39,39, für das ½ bis noch nicht 2 Jahre alte Jungvieh um 37,57, für das 2 Jahre alte und ältere Rindvieh um 8,39, für die 6 Wochen bis unter ½ Jahr alten Kälber um 5,46 Hundertstel. Viel weiter gehen die Sätze bei den einzelnen Unterarten der zweiten und dritten dieser vier Gruppen auseinander, indem sie bei den ½ bis unter 2 Jahre alten schon zur Zucht benutzten Bullen um 75,72, bei allem anderen ½ bis noch nicht 2 Jahre alten Jungvieh um 36,19, bei den Kühen, Färsen und Kalbinnen um 10,73, bei den sonstigen 2 Jahre alten sowie älteren Stieren und Ochsen um 0,80 zu, hingegen bei den 2 Jahre alten und älteren Bullen um 43,77 v. H. abnahmen. Es vergrößerte sich das Lebendgewicht für sämmtliche Schweine um 30,33, für die unter 1 Jahr alten derselben um 41,15, für die 1 Jahr alten und älteren um 14,50, sowie unter den letzteren dasjenige für die Zuchteber um 37,09 und für die Zuchtsauen um 51,43 v. H.; es verringerte sich jedoch für die 1 Jahr und darüber alten sonstigen Schweine um 0,33 Hundertstelle. Aus vorstehenden Ziffern geht die wachsende Bedeutung des Borstenviehes, insbesondere des unter 1 Jahr alten, als Volksnahrungsmittel hervor.

Der gelegentlich dieser Viehzählung auch zum ersten Male ermittelte Ertrag der Bienenstöcke von im Ganzen nur 8 368 547 Kilogramm war ziemlich niedrig, weil nach den Aeußerungen vieler örtlicher Erhebungsstellen 1900 wegen ungünstiger Witterung, schwacher Lindenblüthe u. s. w. von den Stöcken großentheils gar kein Honig geerntet wurde, diese vielmehr nicht selten sogar mit Winterfutter versehen werden mußten.

* * *

Diese „gewichtige" Statistik lehrt Eines mit unanfechtbarer Gewißheit: daß die deutsche Viehzucht trotz der angeblichen Noth der Landwirthschaft erhebliche Fortschritte macht; ein Beweis, daß sie immer noch rentabel sein muß; denn so thöricht sind unsere Agrarier nicht, daß sie etwas unternehmen, bei dem sie Geld zusetzen müssen. Diese Fortschritte aber sind erzielt worden unter den bestehenden Zollsätzen, von denen die agrarische Presse behauptet, sie seien zu niedrig, als daß die Landwirthschaft dabei bestehen könne! Daraus folgt weiter mit mathematischer Sicherheit, daß eine Erhöhung der Viehzölle, wie sie das grenzenlos begehrliche Agrarierthum verlangt, absolut zwecklos ist und das Verlangen darnach nur als die Ausgeburt der durch zu starke Uebesgaben-Dosen in ihrem objektiven Denken beeinträchtigten Gehirne der extremen Agrarier erscheinen kann.

Zu vergessen ist dabei ferner nicht, daß trotz der Zunahme des Gesammtlebendgewichtes des vorhandenen deutschen Viehbestandes die heimische Viehzucht bei weitem noch nicht ausreicht, den Ernährungsbedürfnissen des deutschen Volkes gerecht zu werden. Wie angesichts der Unzulänglichkeit der deutschen Getreideproduktion noch immer die Einfuhr großer Getreidemengen aus dem Auslande nöthig ist, wenn das deutsche Volk nicht den Agrariern zuliebe verhungern soll, so ist auch die Vergrößerung der immer noch ungenügenden Fleischproduktion durch Einführung ausländischen Viehes und ausländischer Fleischwaaren unerläßlich. Und wenn die Agrarier auch für eingeführte Fleischwaaren erhöhte Zollsätze verlangen, so zeigt sich auch in dieser Forderung an der Hand der amtlichen Statistik das Zweckwidrige, Unnütze und Volksfeindliche der agrarisch-zöllnerischen Abenteurerpolitik aufs eklatanteste.

Frau und Fräulein.

Auf den kuriosen Vortrag, den Fräulein Dr. jur., oder, wie sie sich lieber nennen hört, Frau Dr. jur. Marie Raschke am 7. April im Verein „Frauenbildung—Frauenstudium" gehalten hat, kommt die Dame in einem Artikel zurück, den das Fachblatt „Die Frauenbewegung" in der neuesten Nummer „auf die besondere Bitte der Verfasserin" veröffentlicht. In dem Artikel führt die Dame u. a. aus:

Ich habe nicht gesagt, daß der Bezeichnung „Fräulein" eine Geringschätzung anhafte, vielmehr wörtlich (an verschiedenen Stellen) ausgeführt: „Fräulein," mittelhochdeutsch frûwelîn, ist das Diminutivum von frouwe. Wie dieses die Hausherrin, so kennzeichnete frûwelîn ein vornehmes weibliches Wesen, ein Edelfräulein, eine junge Fürstentochter. Als die Fürstensöhne, die früher „Herrlein" genannt wurden, schon Prinzen — ein im 13. Jahrhundert dem Französischen entlehntes Wort — hießen, nannte man bis zum 17. Jahrhundert die Fürstentochter noch Fräulein. . . . Als „Frau" sich in der Anrede verallgemeinerte und auch den Geschlechtsbegriff „Weib" erhielt, folgte „Fräulein" nach und empfing die Bedeutung von Weiblein und Mädchen" . . Aus den höchsten Gesellschaftskreisen gelangte „Fräulein" in den Mittelstand, dann in den unteren; heute wird jedes unverheirathete weibliche Wesen „Fräulein" angeredet . . . Das Wort „Fräulein" hat den Sinn des Reinen, geschlechtlich Unbefleckten nie gehabt („lichte" Frôwîn" nannte man ein Freudenmädchen), sie mit „Jungfrau" nicht identisch gewesen. Gleich „Jungfer" anfangs eine junge Herrin bezeichnend, deren Würde einer älteren Herrin nachstand, weil sie im Hause nicht die eigentliche Gebieterin war, gab es von vornherein den Familien- oder Geschlechtsstand zu erkennen: ein lediges weibliches Wesen, das unter der Herrschaft des Familienoberhauptes . . . stand. Die Anzeit hat dann das Wort als Anrede hinübergenommen auch für selbstständige ledige Frauen, die eigene Hausherrinnen sind, der Bevormundung eines Familienoberhauptes entwachsen sind, in Amt und Würden stehen. Wenn mit „Fräulein" auch zu keiner Zeit nur Kinder angeredet wurden, so sollte doch immerhin die einer Würde ermangelnde Jugendlichkeit, die Unselbstständigkeit der Betreffenden in der Anrede zum Ausdruck gebracht werden. Eine Anrede wie „Fräulein Oberlehrerin, Fräulein Assistentin, Fräulein Doktor" 2c. verbindet zwei sich ausschließende Vorstellungen: die Vorstellung des Unselbstständigen, wirthschaftlich Abhängigen und die des Selbstständigen, — des Mangels und des Daseins einer Würde. . . Das Wort erhält durch die Silbe „lein" einen andern Ausdruck; entweder drückt es Zärtlichkeit — wie in „Mütterlein" — oder eine Verkleinerung, Unbedeutenheit und Unfertigkeit aus. Da man im allgemeinen nicht annehmen kann, daß mit der Anrede „Fräulein" eine Zärtlichkeit bekundet werden soll, so bleibt hier nur die Verkleinerung der Würde, die Hervorhebung einer Unbedeutenheit, Unfertigkeit übrig, die meist unbewußt und ungewollt zum Ausdruck gelangt."

Schade um den schönen Nachmittag, den Fräulein Dr. jur. Marie Raschke mit diesen etymologischen Studien verbracht hat, die für die vorliegende Frage so zwecklos sind wie die Aufwerfung der Forderung selbst, das „Fräulein" abzuschaffen. Kein Mensch, der heute die Anrede Fräulein gebraucht, denkt dabei an die Bedeutung, die das Wort einmal vor einigen Jahrhunderten oder auch vor länger als tausend Jahren gehabt hat. Jedermann gebraucht es in dem Sinne, den das Wort heute hat. Und daß, wenn man ein unverheirathetes weibliches Wesen mit dem landesüblichen, ethisch, psychisch und nebenbei auch grammatikalisch völlig neutralen „Fräulein" anredet, darin die Wirkung einer Verkleinerung, Herabsetzung, Würdeschmälerung und Gott weiß was sonst noch liegen soll, das heißt denn doch dem harmlosen Sprachgebrauch Schandthaten andichten, deren er selbst in seinen schwächsten Stunden nicht fähig ist.

Also noch einmal: Selbst die Damenbewegung, diese nichts weniger als impopulare Spielart der sozial außerordentlich bedeutsamen Frauenbewegung, verdient es nicht, daß sie mit derartigen Ueberflüssigkeiten betrachtet werde, wie es der Sturmlauf gegen das „Fräulein" ist.

Für eine gründliche Berathung der Zuckervorlage vor der großen sommerlichen Vertagung des Reichstages tritt im Gegensatze zu der agrarischen Presse das Organ der Zuckerindustrie, die „Magdeb. Ztg." ein. Sie verlangt, daß möglichst bald Klarheit über die Verhältnisse geschaffen werde, auf die sich die Zuckerindustrie in Zukunft einzurichten hat.

Zur Sache selbst berichtet das Blatt über die Beschlüsse der Zuckerindustriellen, die am Sonnabend gefaßt worden sind:

Gelingt es, die Verbrauchsabgabe noch weiter herabzusetzen, dann sind, wie wir genau wissen, viele Zuckerindustrielle auch mit dem Brüsseler Vertrage ausgesöhnt. Wir haben guten Grund zu der Annahme, daß die Regierung schließlich sich mit einer Verbrauchsabgabe von 12 M. begnügen wird. Ob ein Satz von 10 M. zu erreichen sein wird, muß abgewartet werden.

Die Agrarier verlangen dagegen nach wie vor die Vertagung der süßen Angelegenheit. Ihr Organ bemerkt dazu mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit:

Die Kommission darf ihre Arbeiten nicht überhasten. Ob das Haus in der Frühsommertagung beschlußfähig sein werde, ist eine Frage. Bleibt die Regierung bei der Drohung, den Reichstag nicht früher zu vertagen, nun, so wird der Reichstag wohl oder übel den Versuch der Tagung von Zeit zu Zeit wiederholen müssen und dann voraussichtlich wieder an der Beschlußunfähigkeit scheitern. Wir können, selbst wenn wir uns auf den Standpunkt der Regierungen stellen, ihr Vorgehen nicht für klug und zweckmäßig erachten. Durch die Ueberhastung, die sie wünschen, durch die Drohung, den Reichstag vor der Erledigung der Zuckerfrage nicht vertagen zu wollen, machen sie selbst diejenigen stutzig, welche den Vorlagen nicht unbedingt ablehnend gegenüberstehen. Es ist selbstverständlich, daß diese Fragen in der ersten Lesung schon einen breiten Raum einnehmen werden. Die verbündeten Regierungen hätten diese Berathung wesentlich abgekürzt und ihre Stellung ganz bedeutend erleichtert, wenn sie die Vertagung bis zum Herbste ruhig hingenommen hätten.

Danach darf man sich auf eine recht heitere agrarische Obstruktion gefaßt machen.

Die Ruhrorter Steuerhinterziehungen. In Bezug auf den Erlaß des Landraths Kötter wegen der „ungewöhnlich vielen" Steuerhinterziehungen im Kreise Ruhrort geht der „Köln. Ztg." die Mittheilung zu, daß derselbe Landrath bereits am 21. Februar ds. Js. an eine größere Anzahl in Sterkrade lebender höherer Angestellter eines großen Werkes folgende metallographirte Anfrage gerichtet hat:

„Behufs Prüfung hinsichtlich der Berechnung des in Ihrer Steuererklärung angegebenen Einkommens aus gewinnbringender Beschäftigung ersuche ich, mir innerhalb einer Frist von 14 Tagen eine Bescheinigung über die Höhe der Ihnen für das Steuerjahr 1902 zugesicherten Besoldung sowie über die in den letzten drei Jahren Ihnen gewährten Tantièmen, Remunerationen, Gratifikationen, Provisionen oder unter andern Namen erhaltenen Bezüge einzusenden."

Der Befragte hat darauf eine ablehnende Antwort gegeben. Gleichzeitig wird dem Blatte mitgetheilt, daß ben nicht in Sterkrade, sondern in dem zum Kreise Mülheim a. d. Ruhr gehörigen Oberhausen wohnenden besser gestellten Beamten desselben Werkes ein solches Rundschreiben nicht zugegangen ist.

Des Grafen Waldersee süddeutsche Reise. Entgegen den Meldungen bayerischer Blätter über die Zwecke, die Graf Waldersee bei seinem letzten Aufenthalt in München zu verfolgen haben sollte, wird der „Frankf. Ztg." aus München geschrieben:

In verschiedenen Zeitungen, bayerischen und außerbayerischen, werden allerlei Dinge über eine vielgestaltige militärische Mission berichtet, die den Grafen Waldersee nach München geführt habe. Das ist alles aus den Fingern gesogen. Muß man sich denn bei jedem derartigen Besuch etwas Besonderes denken? Es giebt doch andere, einfachere Gründe auch, warum der Marschall der chinesischen Expedition Kontingents- und Fürstenhöfe besucht. Von den dem Besuche Waldersee's angedichteten militärischen Fragen (Verlegung des ganzen II. Armeekorps in die Pfalz, preußisch-bayerische Herbstmanöver, Anpassung der bayerischen Uniform an die preußische 2c.) steht auch nicht eine zur Diskussion.

Abwarten!

Vom Schul-Elend in Deutschland. Ein grelles Schlaglicht auf den Stand des ländlichen Volksschulwesens in Mecklenburg werfen die neu erlassenen Regulative für die Sommerschulen im Domanium. Darin ist die Unterrichtszeit nach § 1 auf vier Stunden festgesetzt, Mittwoch und Sonnabend auf drei. Die Schuljeit kann aber noch bedeutend herabgesetzt werden. Nach § 7 brauchen Kinder, welche die Diensterlaubniß (zwecks agrarischer Kinderfrohn) haben, nur acht Stunden wöchentlich unterrichtet zu werden, die auf drei Tage zu vertheilen sind, und zwar Religion vier Stunden (!), Deutsch und Rechnen je zwei Stunden. (!) Alles andere ist offenbar nach Ansicht der Schulbehörde für die jungen Mecklenburger unnöthiger Ballast. Zu den vier Religionsstunden kommen noch jeden Sonntag 1—2 Stunden kirchliche Kinderlehre, die nicht versäumt werden dürfen, sonst wird die Diensterlaubniß entzogen.

Die Wahlrechtsreform in Baden. Wie der „Bad. Beobachter" mittheilt, steht in der Frage der Wahlrechtsreform eine Einigung sämmtlicher Parteien der Zweiten Kammer zu erwarten. Vier Anträge, betreffend Einführung des direkten Wahlverfahrens, liegen vor: von den Nationalliberalen, dem Zentrum, den Sozialdemokraten und den Demokraten. Die wichtigsten Unterschiede zwischen der Forderung der Nationalliberalen und der des Zentrums waren die: Während dieses in der Hauptsache nur die Einführung der direkten Wahl verlangt, betrachten die Nationalliberalen die Eintheilung der Städte mit mehr als einem Abgeordneten in ebenso viele Bezirke, als es Abgeordnete sind, als unerläßliche Vorbedingung und verbinden weiter mit ihrer Forderung den Antrag auf eine gleichzeitige Reform der Ersten Kammer. Die in der Kommission gepflogenen eingehenden Erörterungen haben nun dahin geführt, daß das Zentrum seine „schweren praktischen Bedenken" gegen die Eintheilung der Städte, die im Zusammenhang mit einer neuen Wahlkreiseintheilung überhaupt erfolgen könne, aufgab und andererseits die Nationalliberalen eine von der Wahlrechtsreform getrennte Behandlung der Reform der Ersten Kammer zugestanden.

Daß mit diesem klerikal-nationalliberalen Bündnisse dem Volke gedient sei, erlauben wir uns zu verneinen.

Die Königin von Holland schwebt in höchster Lebensgefahr, denn plötzlich sind Komplikationen eingetreten, die nicht nur die Genesung unterbrochen, sondern einen ärztlichen Eingriff schwerster Art nöthig gemacht haben. Eine Depesche aus Amsterdam meldete heute Nacht:

Professor Rosenstein, Dr. Roemning und die anderen Aerzte befinden sich unausgesetzt am Krankenlager der Königin. Um 6 Uhr gestern Abend wurde die Königin von einer Frühgeburt entbunden; die Aerzte sind fortdauernd mit der Königin beschäftigt, welche sehr leidet und deren Wehgeschrei im ganzen Palaste gehört wird. Der Zustand ist bedenklich.

Ein späteres Telegramm aus Schloß Loo meldet:

Die Aerzte haben während der Nacht das Schloß nicht verlassen und wachten abwechselnd am Krankenlager. Die Königin-Mutter sowie Prinz Heinrich blieben gleichfalls die ganze Nacht wach. Es wurde eine künstliche Geburt herbeigeführt, welche mehrere Stunden erforderte. Am Morgen war die Königin noch am Leben.

Danach steht es offenbar in dem Augenblick, da wir dies schreiben, sehr schlecht.

Klerikale Kinderfolter. In Olmütz fand am Donnerstag vor dem Schwurgericht ein Preßprozeß statt, dem man schon lange Zeit mit lebhaftem Interesse entgegengesehen hatte. Die Schönberger „Volkswacht" hatte vor einiger Zeit in einem Artikel sonderbare Mittheilungen über die pädagogische Thätigkeit des klerikalen Oberlehrers der Volksschule in Weikersdorf bei Mährisch-Schönberg, des Herrn Daniel Kauer, gebracht. Auf Veranlassung der vorgesetzten Behörden